

DEMO



WIR HABEN
ES SATT!
BAUERNHÖFE
STATT
AGRARINDUSTRIE

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!
DEMO: SA. 21.1.2012 - BERLIN
START 11:30 UHR: BERLIN HBF.

WIR HABEN ES SATT!

Benny Haerlin

Blanker Wahnsinn: Fast eine Milliarde Menschen hungern, über eine Milliarde Menschen werden krank, weil sie zu viel essen und noch eine Milliarde wird krank weil sie sich falsch ernährt. Am Schlimmsten trifft es Kinder, oft für den Rest ihres Lebens.

OHNE NOT

Die Menschheit fuhr 2011 die größte Ernte aller Zeiten ein. Dennoch stiegen die Lebensmittelpreise auf Rekordhöhen. Spekulation mit Agrarprodukten und »land grabbing« machen internationale Investoren und korrupte Potentaten reich. Land ist für sie kein Ort zum Leben, sondern ein globaler Rohstoff.

Hierzulande treiben subventionierter »Bio«-Sprit und -Gas die Pachtpreise auf Höhen, die mit ehrlichem Anbau von Lebensmitteln kaum zu bezahlen sind. Über ein Viertel aller Höfe in Deutschland hat in den letzten sieben Jahren aufgegeben. Dass der internationale Währungsfond, OECD, Weltbank und FAO gemeinsam die EU und USA auffordern, ihre Agrarsprit-Subventionen und E10-Vorgaben aufzugeben, kümmert unsere Regierungen so wenig wie die Warnung der Europäischen Umweltagentur, Energie vom Acker befeuern den Klimawandel eher als ihn zu lindern. Zu viel wird daran verdient.

IRRSINN

Trotz des offiziellen Verbotes von Antibiotika in der Tiermast, werden 96% aller Hähnchen (in NRW) damit behandelt, werden Resistenzen gegen lebensrettende Medikamente gezüchtet. Europas Tierin-



Erfolgreicher Auftakt der Kampagne »Meine Landwirtschaft« – die erste »Wir haben es satt!«-Demo vor einem Jahr. Foto: Jakob Huber

dustrie importiert die Erträge der doppelten Agrarfläche Deutschlands; hauptsächlich gentechnisch manipulierte Soja, für deren Anbau Regenwälder abgeholzt und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern vertrieben werden und mehr Pestizide eingesetzt werden als je zuvor.

KAUM ZU GLAUBEN

Die Hälfte unserer Lebensmittel landet auf dem Müll. Doch Industrie, Agrarlobby und Regierung fordern: Wir müssen noch mehr produzieren. Nur daran wird verdient.

Immer mehr Menschen haben das buchstäblich satt. Sie wollen sich besser, gesünder und ehrlicher ernähren, ohne Tierquälerei, junk food und convenience. Sie verweigern sich der Manipulation der Werbung für ungesundes Essen und wollen ihre Kinder davor schützen. Manche bauen selbst Gemüse an, andere kaufen direkt von Bäuerinnen und Bauern, schätzen beim Einkauf bio, regional und fair. Viele kochen öfter wieder selbst, essen weniger aber gut, genießen Wohlstand, der weder billig ist noch käuf-

lich noch geklaut. Eine neue Sorgsamkeit beginnt sich durchzusetzen.

DAS MACHT SPASS

Doch der ganze Wahnsinn lässt sich nicht individuell verändern. Die systematische Vernichtung unserer Lebensgrundlagen durch die Industrialisierung von Landwirtschaft und Ernährung geschieht mit unseren Steuergeldern. Milliarden fließen in eine Agrarpolitik der EU, die BürgerInnen krank macht und Bäuerinnen und Bauern arbeitslos, die Tieren ihre Würde nimmt und Kulturlandschaften in Agrarwüsten verwandelt, in denen Bienen buchstäblich verhungern. Das können wir gemeinsam ändern, wenn wir zusammen auf die Straße und PolitikerInnen nachhaltig auf die Nerven gehen, wenn wir uns nicht abspesen lassen mit Nachhaltigkeits-Floskeln von Spezialisten und »Chartas« von PR-Agenturen. Auch die haben wir satt. **Wir wollen einfach, dass dieser Wahnsinn aufhört, Frau Aigner, und wir werden dafür sorgen – ehrlich!**

DER IRRSINN DES WEGWERFENS

Stefan Kreutzberger

Es ist verblüffend: In einer Welt, in der so ziemlich alles erfasst, datiert, beziffert und hochgerechnet wird, gibt es keine verlässlichen Angaben zu unseren Ernährungs- und Wegwerfgewohnheiten.

Nur Anhaltspunkte und Schätzungen berichten von dem, was täglich untergepflügt, bereits bei der Ernte weggeworfen, im Lager verkommt und von Schädlingen gefressen wird, beim Transport zur Fabrik oder zum Markt verdirbt, bei der Produktion, auf dem Großmarkt und im Supermarkt ausgesondert wird und was letztlich der/die VerbraucherIn in den Mülleimer wirft und die Toilette herunterspült. Laut UN-Angaben landet ein Drittel der weltweit für den menschlichen Verzehr geernteten und produzierten Lebensmittel auf dem Müll, für die Industrieländer geht man sogar von der Hälfte aus. Keiner kann aber genau sagen, wie viele Ressourcen an Energie, Wasser, Boden und Arbeitskraft durch das Wegwerfen von Nahrungsmitteln ungenutzt vergeudet werden. Ebenso wenig erfährt man Exaktes über die Folgen und Auswirkungen der Überproduktion der Industrienationen und unseres Konsums auf die Lebensbedingungen von Menschen in Ländern des globalen Südens. Die Spekulation auf steigende Preise von Agrarrohstoffen feuert dazu noch den Hunger in der Welt an und unsere subventionierten Nahrungsmittelexporte zerstören die lokalen Märkte in Entwicklungsländern.

Diese Zusammenhänge und Folgen sind den wenigsten deutschen VerbraucherInnen bewusst.

Nach langer Sozialisation in unserer Überflussgesellschaft erwartet man im Supermarkt zu jeder Tages- und Jahreszeit alles zu finden, was man gerade will: Erdbeeren im Dezember und frisch gebackenes Brot bis in die Nacht hinein. Das arrangierte Überangebot verführt uns, mehr zu kaufen, als wir letztendlich verarbeiten können. Vieles wandert vom Kühlschrank direkt in den Mülleimer, ohne dass es überhaupt auf den Tisch gekommen ist. Der größte Teil landet aber schon auf dem Müll, bevor er überhaupt den/die VerbraucherIn erreicht. Bereits die Bäuerin und der Bauer pflügen einen großen Teil der Ernte unter und auf dem Transportweg wandern ganze Lkw-Ladungen schnurstracks in die Biogasanlage. Um KäuferInnen die immer gleichen, perfekt aussehenden Produkte anbieten zu können, sortiert der Handel besonders bei frischer Ware kräftig aus: Sobald ein einzelnes Blatt gammelig ist, wird der ganze Salat weggeworfen, wenn nur ein einziger Pfirsich schimmelt, wird der Rest der Packung gleich mit entsorgt. Für die Unternehmen ist es rentabler, Überschuss für die Mülltonne zu produzieren und die Kosten dafür auf die Preise umzulegen.

Ein Umdenken hin zu einer verantwortungsbewussten, ökologischen Ernährung aus der Region ist dringend notwendig.

Stefan Kreutzberger, Autor des Buches »Die Essensvernichter«

Ich komme aus Afrika zur Demo nach Berlin und zeige der deutschen Regierung und der Agrarindustrie: Sie bekommen nicht nur die Früchte unseres Landes, das sie uns rauben. Sie bekommen unsere Wut, unseren Widerstand und unseren vereinten Protest mit den Umwelt- und Sozialbewegungen Europas und der Welt.

Mariann Bassey, Nigeria »Friends of the Earth International (FoEI)« Internationales Netzwerk des BUND



Die Demo in Berlin ist wichtig, weil die Förderung der intensiven, agrarindustriellen Tierhaltung den Tieren großen Schaden zufügt und von großen Teilen der Gesellschaft nicht gewollt ist. Die konsequente Umkehr zu einer tiergerechten, bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft ist überfällig.

Thomas Schröder, Deutscher Tierschutzbund



Ich komme nach Berlin, weil immer mehr BürgerInnen wollen, dass Landwirtschaft für gesundes Essen und biologische Vielfalt steht – dafür muss in der Agrarpolitik dringend ausgemistet und umverteilt werden. Senden wir dieses Signal gemeinsam an Aigner und Merkel!

Astrid Goltz, Campact



SPEKULATION

Harald Schumann

Millionenfaches Tierleid, Gentechnik im Futtertrog, Dumping-Exporte und Antibiotika-Resistenzen auf Fleisch. Die Agrarindustrie beschädigt unsere Lebensgrundlagen – überall. Wir tragen den Protest auf die Straße. Die Agrarpolitik muss grundlegend reformiert werden, lasst uns den Ausstieg aus einer zerstörerischen Agrarindustrie beginnen.

Hubert Weiger, BUND



Ich komme zur Demo, weil der Widerstand in der Landwirtschaft weiblich ist. Trotzdem möchte ich Männer ermuntern, sich auch einzubringen und für eine nachhaltige und faire Landwirtschaft zu kämpfen. Wir brauchen jeden.

Barbara Hilgers, Aktion 3.Welt Saar



Ich komme zur Demo, weil die Profitgier und Ausbeutung von Menschen, Tieren und Natur die üblen Auswüchse eines Systems sind, das auf dem Prinzip des Wachstums und Weichens beruht. Wir brauchen eine fundamentale andere Agrarpolitik – wir brauchen Ernährungssouveränität!

Irmis Salzer, Via Campesina



Ich fahre zur Demo, weil mir als jungem Agrarstudenten besonders die bäuerlichen, den ländlichen Raum belebenden Betriebe am Herzen liegen. Von der Bundesregierung fordere ich deshalb, dass die derzeitige ostdeutsche Bodenpolitik und die Bevorzugung der industrialisierten Großbetriebe beendet wird.

Jan Wendel, Student der Agrarwissenschaften



Ich fahre zur Demo, weil wir zeigen wollen, was eine Selbstverständlichkeit sein sollte! Wir möchten eine Landwirtschaft, die unsere Erde schützt und nicht eine weltweite Ernährungssouveränität fördert und nicht lokale Strukturen und Lebensgrundlagen vernichtet.

Regine Holloh, jAbl

Der Skandal findet in aller Öffentlichkeit statt. Seit zehn Jahren lenken Geldkonzerne wie Goldman Sachs oder die Deutsche Bank das Geld von SparerInnen und KapitalanlegerInnen auf die Rohstoffbörsen, darunter auch die für Grundnahrungsmittel.

Die dort gehandelten Terminverträge, im Finanzjargon »Futures« genannt, dienen eigentlich der Preisfindung und -absicherung für LandwirtInnen und VerarbeiterInnen. Ihr Missbrauch für die Kapitalanlage hat den Handel mit Nahrungsmitteln nun zu einem Teil des globalen Finanzkasinos gemacht – mit verheerenden Folgen. Immer wieder treiben die AnlegerInnen die Preise für Getreide, Soja, Speiseöl oder Zucker um zeitweise mehr als 100 Prozent nach oben. Das ist unverantwortlich. In all den Ländern, wo die Armutsbevölkerung fast ihr gesamtes Einkommen für Nahrung ausgeben muss, verursachen die extremen Preissprünge große Not. Das trifft vor allem Kinder. Schon wenige Monate der Unterernährung bringen ihnen lebenslange Behinderung und frühen Tod.

Deshalb fordert Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy seit langem eine strikte Begrenzung der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Darum hat der US-Kongress die Börsenaufsicht aufgefordert, entsprechende Regeln zu erlassen. Aber die Finanzindustrie wehrt sich mit allen Mitteln gegen die notwendige Regulierung, in Wa-

shington genauso wie in Brüssel. Und zur Seite stehen ihr neben der britischen Regierung ausgerechnet der Deutsche Bauernverband und das Raiffeisen-Konzernnetzwerk (Agravis & Co.). Obwohl zahlreiche Studien die Gefahren der Nahrungsmittelspekulation bewiesen haben, behaupten Deutschlands

EXZESSE AN DEN MÄRKTEN

AgrarfunktionärInnen, es gebe das Problem gar nicht – und das nur, weil sie mit Preistreibern der AnlegerInnen genauso gute Geschäfte machen wollen wie ihre amerikanischen Wettbewerber. Schon diese Haltung ist angesichts der Not der Betroffenen widerlich. Noch schlimmer ist, dass Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner es genauso hält. Vor einem Jahr hatte sie noch gefordert, man müsse gegen die »Exzesse an den Märkten« vorgehen. Aber kaum hatte die Agrarlobby ihr Haupt erhoben, stellten sie und Finanzminister Wolfgang Schäuble jedes Engagement gegen die Rohstoffspekulation ein. Diesen kläglichen Opportunismus sollten KritikerInnen künftig bei Wahlkampfveranstaltungen zum Thema machen. Schließlich war das auch schon beim Streit um die grüne Gentechnik eine erfolgreiche Strategie.

Harald Schumann, Autor der foodwatch Studie »Die Hungermacher«

ANTIBIOTIKA-RESISTENZEN – GEFAHR AUS TIERFABRIKEN

Reinhild Benning und Esther Müller

Billiges Fleisch wird mit gentechnisch verändertem Futter aus Regenwaldregionen erzeugt, stammt aus Qualzucht und von Tieren, die kaum Platz hatten und durch Amputationen für ihre Haltungseinrichtung zurecht gestutzt wurden. Zusätzlich erhalten die Tiere in fast allen industriellen Mastanlagen systematisch Antibiotika.

Und dies meist mehrmals in ihrem kurzen Leben, denn Hühner, Schweine und Kälber leiden in der Massentierhaltung derart unter den Haltungsbedingungen, dass viele ohne Antibiotika nicht durchhalten würden. Doch auch die »gesunden Tiere« bekommen oft Antibiotika, weil in der Massentierhaltung ein Ausbreiten von Krankheiten eine große Gefahr darstellt und deshalb meist ganze Tiergruppen behandelt werden. Häufig werden die großen Tierbestände aber auch prophylaktisch, oder, in nicht wirksamen Dosen mit Antibiotika behandelt. Der Verdacht liegt nahe, dass damit eine (verbotene) Wachstumsförderung erreicht wird.

In Niedersachsen werden 100 % der Mastkälber und in Nordrhein-Westfalen 96 % der Masthühner mit Antibiotika behandelt. Die Folge ist, dass industrielle Fleischfabriken zu einem Risiko für uns alle werden: Zunehmend treten antibiotikaresistente Keime auf. Über das Fleisch der Tiere und die Luft gelangen sie aus den Massentierhaltungen hinaus. Das Robert-Koch-Institut hat in einer Untersuchung bei 43 Prozent der Putenfleischproben und bei jedem fünften Hähnchen aus dem Supermarkt antibiotikaresistente Erreger (MRSA) gefunden. In Deutschland sterben nach Angaben des Robert-

Koch-Institutes jährlich 15.000 Menschen an Infektionen infolge resistenter Erreger.

Dänemark und die Niederlande haben längst Programme für die Senkung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung entwickelt. Die Bundesregierung hinkt da noch hinterher und hat erst jetzt angekündigt, Daten über Arzneimittelsatz auch in der Geflügelhaltung überhaupt zu erfassen und zu veröffentlichen!

RESISTENTE ERREGER AUS DEM SUPERMARKT

Einzig das Ministerium in Nordrhein-Westfalen weist auf die zentralen Stellschrauben hin: Bei tierrgerechter Haltung, bei langsamer wachsenden Rassen und bei kleineren Tierbeständen und geringerer Besatzdichte wird wesentlich weniger Antibiotika eingesetzt. So werden bei Tieren auf Öko- und Neuland-Höfen Antibiotika nur in absoluten Ausnahmen und dann sehr gezielt eingesetzt. Auch resistente Keime finden sich dort fast gar nicht.

Deshalb fordern wir eine Umkehr zu bäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft mit tierrgerechter Haltung.

Und was tut die Politik? Berlin, Brüssel und die Bundesländer subventionieren die Massentierhaltung jedes Jahr mit mehr als 1 Milliarde Euro aus unseren Steuergeldern, obschon die Risiken dieser Agrarindustrie für Menschen, Tiere und Umwelt längst bekannt sind. Das haben wir satt!

MAISLAND

Matthias Stührwoldt

Seit etwa fünf Jahren bin ich soviel in Schleswig-Holstein unterwegs wie wohl kaum ein anderer Bauer oder Bäuerin. Meine anfangs- und endlose Lesereise hat mich in fast jedes Dorf, in jede Region meines ehemals schönen Heimatlandes geführt.

In diesen fünf Jahren hat sich Schleswig-Holstein extrem verändert, und das nicht zu seinem Vorteil. Am augenfälligsten ist der Verlust von Grünland bei gleichzeitiger explosiver Zunahme des Maisanbaus. Aus dem Autofenster ist zwischen Juli und Oktober vielerorts unmöglich geworden; denn man guckt gegen eine Wand aus Mais. Und von Oktober bis April glitscht der Blick bloß über trostlose Maisstoppeln, um sich schließlich an den Plastikhauben der Agrarindustriegasanlagen zu brechen.

Eine weitere Entwicklung schmerzt mich besonders: Die Milchkuh verschwindet von der Weide. Bei zunehmenden Herdengrößen, wachsender Milchleistung und verstärktem Trend zu auto-

matisierten Melkverfahren ist die Kuh längst zum Indoor-Nutztier verkommen.

Viele LandwirtInnen haben lange Zeit den Eindruck gehabt, die Landschaft sei den Leuten egal. Dementsprechend haben sie gewirtschaftet. Heute zeigt sich aber, dass die Menschen sich eine

»SCHEISS MAIS«

lebens- und erlebniswerte Heimat wünschen. Im letzten Herbst fuhr ich durch ein Dorf, da hingen große Plakate, auf denen stand: »Scheiß Mais!« Und nach meinen Auftritten spreche ich oft mit Leuten, die sich über die Eintönigkeit der Agrarsteppen beklagen. Das Wort »Vermaisung« ist zum Hassbegriff geworden, nicht nur für VerbraucherInnen auch für Bäuerinnen und Bauern selbst, die gegen steigende Pachtpreise nicht mehr anwirtschaften können. Ich kenne Bäuerinnen und Bauern, die haben Agrargasanlagen gebaut, nicht, weil sie die Technologie für sinnvoll hielten, sondern weil sie

der Meinung waren, sie müssten den Wahnsinn mitmachen, um ihre Höfe zu erhalten. Und genau so ist es: Nicht einmal die BetreiberInnen sind von den Anlagen überzeugt. Spricht man mit ihnen, greifen sie gleich an. Weil sie selber nicht dran glauben, da bin ich mir sicher.

Ebenso sicher bin ich, dass die Maismonokulturen nur Ausdruck einer Phase sind. Sie werden uns eine Zeitlang nerven, aber sie werden verschwinden. Und wenn ich durch meine Heimat fahre und ich sehe genau hin, dann entdecke ich auch das andere Schleswig-Holstein. Ich sehe Ansätze einer bunten Vielfalt; ich sehe blühende Klee grasäcker, Erbsen, Bohnen und Lupinen, vielleicht sogar Luzerne, nicht nur Weizen, Mais und Raps. Wie schön es ist, manchmal Kulturen zu entdecken, die man im ersten Moment gar nicht erkennt! Und ich sehe auch noch Kühe auf der Weide; denn es gibt Bäuerinnen und Bauern, die wollen einfach, dass sie da stehen. Das macht Mut.

Matthias Stührwoldt, Biobauer und Buchautor

MEHR MACHT DEN ERZEUGER/INNEN!

Jutta Weiß

Stellen Sie sich vor, Sie gehen einkaufen, laden sich den Einkaufswagen randvoll mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, geben dann an der Kasse bekannt, dass Sie bereit sind, dafür 5 Euro zu zahlen und der Kassiererin bleibt nichts anderes übrig, als das zu akzeptieren. Unrealistisch? Stimmt. Realistisch beschreibt es aber das System, nach dem heute die Lebensmittelproduktion funktioniert: Es wird von oben nach unten kalkuliert.

Was darf das Lebensmittel kosten? Ausgehandelt werden die Verkaufspreise zwischen Handel und verarbeitender Industrie. Die ErzeugerIn spielt dabei kaum eine Rolle. Ihm/Ihr wird mitgeteilt, zu welchem Preis er/sie produzieren muss. Bei den MilcherzeugerInnen geht das sogar noch weiter: Sie produzieren und erfahren im Nachgang, was sie dafür erhalten werden. Die Standards der Produktion bestimmt der, der die Marktmacht hat – und das sind nicht die ErzeugerInnen. Mutige neue Konzepte, Vielfalt, Fairness und auch Qualität bleiben so langfristig auf der Strecke. Immer neue Nachhaltigkeitskampagnen legt die Industrie auf den Tisch, um

auf das zunehmende Interesse der KäuferInnen an der Herkunft und Herstellungsweise der Lebensmittel zu reagieren. Doch strukturell bleibt das alles Image-Politik und Kosmetik. Kostendruck führt zu Intensivierung – auf Kosten von Mensch, Tier, Umwelt, Klima und Qualität.

Unzählige Konzepte und Vermarktungsalternativen wie z.B. Fairtrade-Projekte versuchen deshalb, bei der Definition von Qualitäten auch die Preise von den Kosten der Bäuerinnen und Bauern aus zu kalkulieren. Das ist gut, nicht zuletzt auch für die Vielfalt und den Wettbewerb, denn es zeigt, was im Bündnis von den ErzeugerInnen bis zu den VerbraucherInnen am Markt möglich ist. Problematisch wird es, wenn die Projekte die Nischen verlassen und die Gefahr der Austauschbarkeit wächst. Dann steigen Wettbewerbs- und Kostendruck massiv an. Die BiobäuerInnen können davon ein Lied singen. Ihre Preisentwicklung verläuft ziemlich parallel zu der der konventionellen BauerInnen und Bauern.

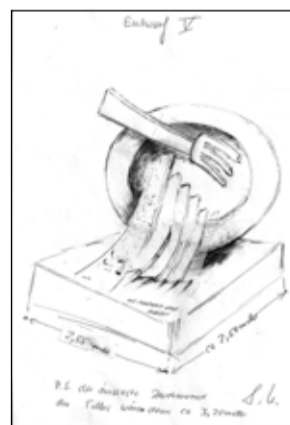
Am Schluss bleibt immer die Frage, wer wie viel Macht hat. Einfluss am Markt hat nur, wer stark genug ist. Sowohl für ErzeugerInnen als auch für die Ver-

braucherInnen gilt: Im Vergleich zu riesigen Molkereien, Schlachthöfen oder Handelsketten sind sie einzeln hoffnungslos ohnmächtig – sie müssen sich wirksam organisieren. Die ErzeugerInnen brauchen entsprechende politische Rahmenbedingungen und dies ist dann nicht weniger als ein politischer Systemwechsel.

Wir alle können das unterstützen: Die Bäuerinnen und Bauern durch Zusammenschlüsse, und wir alle bei jedem Einkauf – auch mit wenig Aufwand. Schon alleine dadurch, dass wir nicht nur Produkte von Großkonzernen kaufen, sondern auf echte Vielfalt beim Einkauf achten.

Auf der politischen Ebene braucht das Unterstützung durch Entscheidungen, die den ErzeugerInnen mehr Marktmacht sichern und die Qualitätsanforderungen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Politik ist nicht dazu da, vor allem die Interessen der Industrielobby zu befriedigen. Mit der Beteiligung an Demos und Aktionen wie z.B. »Bauer hält Hof« haben VerbraucherInnen und Bäuerinnen und Bauern die Möglichkeit, Druck von unten zu machen. Den braucht es dringend.

DENK MAL DRAN



Die Skulpt(o)ur-Daten:

Auftakt: Sa. 14.1.2012, München 14.30 Uhr, Marienplatz

So. 15.1.2012: Stuttgart 11 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben!

Mo. 16.1.2012: Frankfurt 13 Uhr, vor der ehemaligen Börse

Di. 17.1.2012: Kassel 12:30 Uhr, Fußgängerzone, Königsplatz

Mi. 18.1.2012: Hannover 13 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Ernst-August-Platz

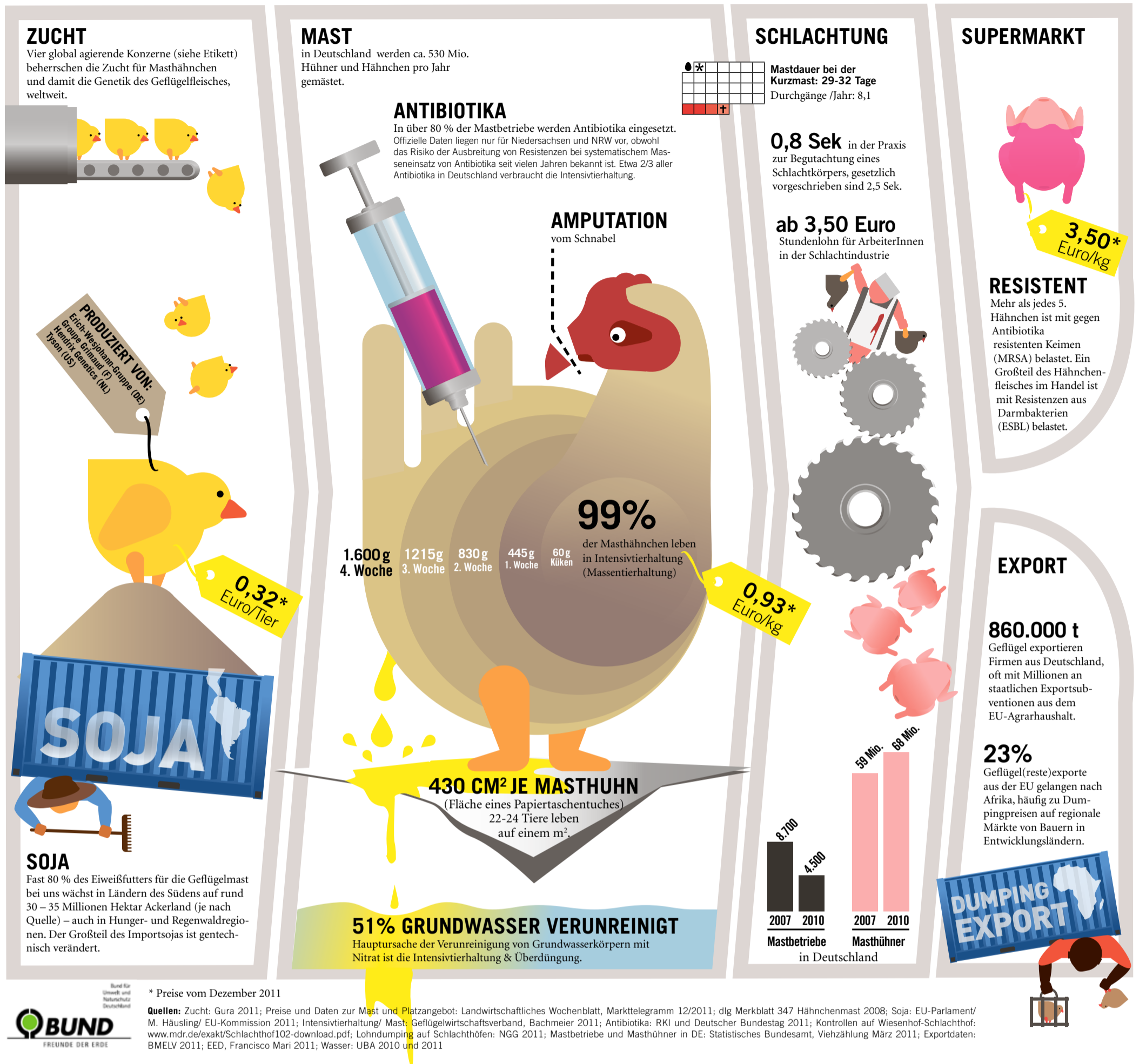
Ich habe diese Skulptur geschweißt, weil ein unübersehbares Zeichen gesetzt werden muss, dass ein »weiter so« die gesellschaftliche Akzeptanz verloren hat. Mit Entschlossenheit wird in diesem Bild die Agrarindustrie abgeräumt.

Stephan Kreppold, Biobauer



DAS INDUSTRIALISIERTE HUHN

Redaktion: Reinhild Benning (BUND), Grafik: Erik Tuckow (sichtagitation)



DIE CHANCEN DER EU-AGRARREFORM NUTZEN!

Ulrich Jasper

Die EU-Gesetze der Agrarpolitik sind wieder geöffnet. Es könnte richtig Bewegung reinkommen. Bis zum Sommer 2013 müssen sich die EU-Institutionen einigen, was sich ab 2014 ändern soll.

Die EU-Kommission hat im Oktober 2010 ihre Gesetzesvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bis zum Jahr 2020 vorgelegt. Gemessen an dem, was an grundlegenden Änderungen notwendig ist, ist das Paket noch dürftig. Aber der Bundesregierung geht schon das zu weit.

Die Kommission schlägt vor, dass einer großer Teil der Direktzahlungen der EU an landwirtschaftliche Betriebe nur noch dann ausgezahlt wird, wenn die Betriebe drei ganz konkrete Umwelt-Standards einhalten: Mindestfruchtfolge, Erhalt von Dauer-Gründland (Wiesen und Weiden) und ein Mindestanteil an vorrangig im Umweltschutz genutzten Flächen im

Betrieb. Richtig ausgestaltet, könnte dieses »Greening« einen echten ökologischen Quantensprung in der europäischen Landwirtschaft auslösen. Mais-Monokulturen würden sich nicht mehr lohnen, heimische Eiweißpflanzen (Leguminosen) würden wieder Einzughalten und klimaschädlich produzierte Düngemittel ersetzen, und der Rückgang an Tier- und Pflanzenarten in unseren Landschaften würde endlich gestoppt. Doch Kanzlerin Merkel und Ministerin Aigner lehnen das ab. Sie wollen die Vorschläge der Kommission nicht verbessern, sondern sie bis zur Wirkungslosigkeit verwässern.

Zweitens will die EU-Kommission Zahlungen gerechter verteilen. Sie sollen nicht mehr unbegrenzt je Betrieb fließen, sondern nach oben hin abgestaffelt werden. Die Arbeitskräfte der Betriebe sollen dabei berücksichtigt werden. Im Konkreten ist auch dieser Vorschlag der Kommission zu schwach ausgestal-

tet, so dass weiterhin Flächenbesitz statt die mit Arbeit verbundenen gesellschaftlichen Leistungen auf der Fläche honoriert werden. Aber die Bundesregierung will schon den kleinen Einstieg in die soziale Staffelung verhindern und erklärt das zu ihrem obersten Verhandlungsziel.

Drittens erkennt die EU-Kommission offenbar, dass die bisherige Politik die ohnehin Mächtigsten in der Lebensmittelkette immer noch mächtiger macht. Nun will sie den Bäuerinnen und Bauern mehr Rechte geben, sich untereinander und auch mit VerbraucherInnen zusammenschließen und gemeinsam zu eigenständigen MarktakteurInnen zu werden. Auch hier sitzt die Bundesregierung auf der Bremse.

Es ist höchste Zeit, Europas Agrarpolitik nicht den Regierungen und EU-Abgeordneten zu überlassen. Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik. Auf geht's!

MIT DEM EINKAUFSKORB DIE WELT VERBESSERN

Roland Röder

»Was kann ich tun, denn ich will nicht nichts tun« so hieß es mal leicht ironisch bei einer der besseren deutschen Punk Bands »Die Fremden« in den 90ern.

Der Einkaufskorb bietet vielfache Möglichkeiten, Politik zu machen und Einfluss zu nehmen. Wie das? Seit vier Jahrzehnten hat sich in der BRD ein breites und vor allem flächendeckendes Netz an alternativen Einkaufsmöglichkeiten für Lebensmittel entwickelt: Mal konventionell, mal bio, mal regional orientiert, aber so gut wie immer fair und gentechnikfrei. Im Kern geht es darum, gerechte Preise für Lebensmittel zu zahlen und eine direkte Beziehung zwischen VerbraucherInnen und ProduzentInnen herzustellen. Die Rede ist von Hofläden, Bauernmärkten, 3.Welt- und Eine-Welt Läden, Bioläden. Dazu gehören auch die Community-supported Agriculture-Projekte (dtsch. Solidarische Landwirtschaft) Projekte, bei denen ein direkter

Kontakt zwischen KonsumentInnen und »ihrem« Bauernhof hergestellt wird: VerbraucherInnen bezahlen im Voraus – zum Beispiel für ein Jahr – ihre Nahrungsmittel, die sie dann von diesem Hof beziehen. Auch urbane Landwirtschaft ist ein Beispiel dafür. Dabei werden in Städten Gemüsegelder angelegt oder Bienenstöcke aufgestellt – mal auf Brachland, mal auf Flachdächern oder Balkonen. Neben der praktischen Erfahrung, wie Nahrungsmittel angebaut werden, verringert es die Distanz zwischen KonsumentInnen und dem Acker. Die Lebensmittel sorgen für Leben im Alltag.

Impulsgeber vieler dieser Projekte ist die »Fairer Handel«-Bewegung, die Anfang der 70er begann. Kerngedanke ist, ProduzentInnen in der so genannten 3.Welt – z.B. Bäuerinnen und Bauern – höhere Preise für ihre Produkte zu bezahlen. Dafür erhält man als VerbraucherIn einen sozialen und ökolo-

gischen Mehrwert: Gerechtigkeit, keine Kinderarbeit, häufig Bioprodukte und gentechnikfrei. Auch das Projekt »Faire Milch«, das aus den Reihen des »Bundesverbandes deutscher Milchviehhalter« (BDM) initiiert wurde, knüpft an Elemente des Fairen Handels an.

Gleichzeitig bieten aber auch negative Erfahrungen im Fairen Handel die Möglichkeit, Fehler zu vermeiden. So wichtig konsumorientierte Projekte »von unten« sind, so können sie auch Ausdruck einer schleichenden Entpolitisierung sein. Man richtet sich in seiner »fairen« Konsumnische ein, lässt die Politik Politik sein und verliert das große Ganze und damit auch die Landwirtschaft aus dem Auge. Politik mit dem Einkaufskorb ist ein wichtiger Schritt. Dabei stehen zu bleiben, wäre das Ende von politischer Einmischung.



EXPORTSUBVENTIONEN BEENDEN REICHT NICHT

Stig Tanzmann

Auf dem Weg zu einer fairen und international verantwortlichen EU-Agrarpolitik wird ein Ende der Exportsubventionen nicht mehr reichen.

Es ist ehrenwert und unterstützenswert, wenn sich Ministerin Ilse Aigner wie ankündigt auf EU-Ebene für ein Ende der Agrarexportsubventionen einsetzen will. Dies muss aber ihr Streichen aus der Marktordnung zur Folge haben. Schon im letzten Jahr wurde auf der »Wir haben es satt«-Demonstration auch gegen Billigexporte und nicht nur gegen Exportsubventionen demonstriert.

Gerade die scharf kritisierten Billigfleischexporte nach Westafrika wurden nie mit Exportsubventionen gefördert. Hier muss viel mehr die völlig verfehlt Investiti-

onsförderung in Richtung Exportorientierung über Größenwachstum revidiert werden. Gleichzeitig muss die EU, genauso wie die deutsche Bundesregierung, Verantwortung für Exporte im Bereich Fleisch übernehmen, so dass diese nicht länger kleinbäuerliche Ökonomien in Entwicklungsländern schädigen.

Es ist zu fragen, wie sich die Entwicklungsländer insbesondere in Westafrika 2050 ernähren sollen? Die Exporte der EU von Fleisch, aber auch von Getreide, Getreide- und Milchprodukten, behindern die dortigen Staaten massiv darin eine eigene, den lokalen Gegebenheiten angepasste Landwirtschaft aufzubauen, die die eigene stark wachsende Bevölkerung versorgen kann.

Ein weiteres Problem bleibt von der Frage der Exportsubventionen völlig unberührt. Die Sojaimport-

te, die 20 Millionen Hektar Land in Südamerika beanspruchen und ohne die die exportorientierte Tierproduktion überhaupt nicht möglich wäre.

Der Anspruch der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss ein »do no harm« sein. Die hoch subventionierte EU-Agrarpolitik hat nur eine Berechtigung, wenn mit diesen Subventionen den Bäuerinnen und VerbraucherInnen in der EU geholfen wird und sie gleichzeitig keinen Schaden im Rest der Welt anrichten.

Mit Bezug auf den Hunger muss die Devisen sein, den Hunger dort zu bekämpfen wo er herrscht. Europa kann und wird niemals die Welt ernähren können! Daher muss Europa seine Exporte in die Entwicklungsländer vorsichtig zurückfahren und massiv die dortige ländliche Entwicklung unterstützen.

»MEINE LANDWIRTSCHAFT« – WIR BLEIBEN DRAN!

Iris Kiefer & Jochen Fritz

Eine bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft, das Menschenrecht auf Nahrung und mehr Respekt vor Tieren – dies sind die Forderungen an die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik für die sich die Kampagne »Meine Landwirtschaft« einsetzt.

Die aktuelle EU-Agrarreform bietet jetzt die einmalige Chance einen Systemwechsel in der Landwirtschaftspolitik einzuläuten. Nun wird entschieden, wohin die Gelder aus dem EU-Landwirtschaftshaushalt zwischen 2014 und 2020 fließen werden – dabei handelt es sich immerhin um fast die Hälfte des gesamten EU-Haushalts!

Die von der EU vorgelegten Reform-Vorschläge müssen dringend verbessert werden, doch die industriellen Lobby-Kräfte und die Regierungen mehrerer EU-Länder,

darunter auch die Bundesregierung, versuchen diese ersten Ansätze stattdessen weiter zu verwässern.

Wir wollen einen Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik erreichen – deswegen bleibt die Kampagne »Meine Landwirtschaft« auch 2012 dran!

»Bauer hält Hof«, ein zentrales Projekt der Kampagne »Meine Landwirtschaft« wurde im letzten Herbst gestartet und wird auch 2012 weitergeführt. Bei den ersten 50 Veranstaltungen luden Bäuerinnen und Bauern VertreterInnen aus Naturschutz, Tierschutz und Politik auf ihren Höfe ein, gemeinsam über die Zukunft der Agrarpolitik zu diskutieren. Bei den nächsten »Bauer hält Hof«-Veranstaltungen 2012 kommen die LandwirtInnen in die Stadt! Als VertreterInnen der Politik sind dann besonders die EU-Abgeordneten gefragt – denn

sie entscheiden nun erstmals bei der EU-Agrarreform mit. Darüber hinaus sind ein Good Food March nach Brüssel, eine Postkarten-Aktion und vieles mehr geplant.

Bei den zahlreichen Veranstaltungen brauchen wir Ihre Unterstützung! Sprechen Sie die EU-Abgeordneten in Ihrer Region an und fordern Sie sie auf, sich für eine bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft einzusetzen! Im Herbst entscheidet das EU-Parlament wie die Weichen gestellt werden: Bauernhöfe oder Agrarindustrie? Dann plant auch die Kampagne Aktionen vor den EU-Abgeordneten-Büros.

Jetzt freuen wir uns, Sie auf der »Wir haben es satt!«-Demonstration am 21. Januar in Berlin zu begrüßen – damit es auch in Zukunft weiter Bauernhöfe statt Agrarindustrie gibt!

www.meine-landwirtschaft.de

TERMINKALENDER

DONNERSTAG 19. JANUAR

19 Uhr Exklusive Preview: Dokumentarfilm »Raising Resistance« www.raising-resistance.info
Eintritt frei (Reservierung unter 030 6116016)
Ort: Eiszeit-Kino, Berlin-Kreuzberg

FREITAG 20. JANUAR

11 - 12.15 Uhr »EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș kommt!«
»Meine Landwirtschaft 2020« - Diskussion mit Dacian Cioloș und der Zivilgesellschaft über die EU-Agrarreform
Ort: Internationales Kongresszentrum ICC, Dachgartenfoyer, Neue Kantstraße/Ecke Messedamm, Berlin
Veranstaltet von Agricultural and Rural Convention, ARC2020 und der Kampagne »Meine Landwirtschaft«

18 Uhr **Protest Suppe! Schnippelparty für die Demo-Suppe**
Wir freuen uns über HelferInnen (bitte Messer und Brettchen mitbringen)
Zusammen mit Slow Food e.V.
Ort: Markthalle IX, Eisenbahnstraße 42/43, Berlin

SAMSTAG 21. JANUAR

8 - 10 Uhr **Bauernfrühstück in der Markthalle IX**
Bauernfrühstück aus der Region, dazu Musik
Markthalle IX, Eisenbahnstraße 42/43, Berlin

DEMO DEMO DEMO DEMO DEMO DEMO DEMO

11 Uhr Treffpunkt Washingtonplatz, Berlin Hauptbahnhof
11.30 Uhr **Demozug vom Hauptbahnhof zum Reichstagsgebäude**
12.15 - 15 Uhr **Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude**

Redebeiträge: Maria Heubuch AbL, Thomas Schröder Deutscher Tierschutzbund, Ulrike Mehl BUND, Romuald Schaber BDM, Jan Plagge BÖLW, Mariann Bassej Friends of the Earth Nigeria, Claudia Warning EED, Hubert Weiger BUND, Sarah Wiener Autorin und Köchin, Wam Kat Autor und Koch, Moritz Schäfer jAbL und Christine Weißenberg jAbL, Dr. Amman BI Billerbeck, Guido Grüner Arbeitslosenhilfe Oldenburg, Valentin Thurn Filmemacher, Hanna Poddig Containerin, Matthias Stürwaldt

Außerdem: Eröffnung der Protest-Tafel »Teller statt Tonne« mit Suppe und feierliche Enthüllung der Skulptur »Wir haben es satt!«

Musik: Die Kleingeldprinzessin Dota & die Stadtpiraten und Rob Herring
Moderation: Christoph Bautz, Campact

14 Uhr **6. Symposium für Milcherzeuger**
Ort: Internationales Kongresszentrum ICC, Saal 2, Neue Kantstraße/Ecke Messedamm, Berlin
Veranstalter: Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.

Ich komme zur Demo, weil wir in Ghana Angst haben vor dem Anspruch Europas die Welt zu ernähren. Getreide, Fleisch, Tomatenmark werden auf unsere Märkte geworfen und drängen die Kleinbauern aus der Produktion. Wir wollen essen was wir anbauen und anbauen was wir essen! Das ist unsere Botschaft an die EU. Dr. King-David Amoah, vertritt über zwei Millionen Kleinbauern in Ghana



Ich komme zur Demo, weil die Produktion von Lebensmitteln seitens der Agrarindustrie der größte Verursacher der Umweltverschmutzung ist. Es sind nicht kleinbäuerliche Betriebe, die ungesunde Lebensmittel produzieren, sondern die Agrofood-Konzerne, die auch unsere ländlichen Landschaften zerstören und das Leben von Bauern unsicher machen. Genau diese Industrie erhält 80% der Zuwendungen der GAP. Ich wünsche mir, dass die Politik und die Bürger uns helfen diese Situation zu verändern.
Veronica Veneziano, Projektleiterin von Slow Food Deutschland



Bis heute setzt Europas Agrarpolitik die Milliarden

Steuergelder nicht dazu ein, um Bauern, Verbraucher und Umwelt zu schützen, sondern um die Interessen der Agrarindustrie und Agrarfabriken abzusichern. Durch den Druck der Straße müssen wir die Dominanz des Kapitals brechen und ihr unsere gesellschaftliche Kraft entgegensetzen: laut und deutlich, einig und lebendig, kreativ und ausdauernd.
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Ein preisgekrönter Kinofilm über den wachsenden Widerstand in der Natur und beim Menschen.
RAISING RESISTANCE
Exklusive Preview am 19.01.2012 um 19:00 Uhr im Eiszeit Kino
www.raising-resistance.info

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT EINER SPENDE!
Empfänger: DNR Umwelt und Entwicklung, Konto-Nr.: 260 051 81, BLZ: 370 501 98, Sparkasse Köln-Bonn, Verwendungszweck: Spende Demo
oder auf dem Spendenbutton: www.wir-haben-es-satt.de

UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER: Agrar Koordination -Forum für internationale Agrarpolitik e.V./ Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin-Brandenburg / Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt / ALSO e.V. - Arbeitslosenhilfestiftung Oldenburg / attac - AG Solidarische Ökonomie Berlin-Brandenburg / attac Bundesbüro/ Bürgerinitiative Wietze e.V. / BioFairVerein / BÖLW- Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft / Friedrich Ostendorff MdB- Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- Agrarpolitischer Sprecher / Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt e.V./ Deutscher Berufs- und Erwerbsimkerbund Solttau / Dreschfliegel e.V. / EcoMujer e.V. - Frauen und Umwelt / FIAN e.V. / Forum Pro Schwarzwaldbauern e.V. / Gaa e.V. - Vereinigung ökologischer Landbau / GeN- Genethisches Netzwerk e.V. / Germanwatch e.V. / Grüne Jugend Bundesverband / GRÜNE LIGA e.V. / Initiative Gentechnikunabhängige Region südlicher Barnim / INKOTA-netzwerk e.V./ Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit / jAbL e.V. - Junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft / Landgarten Herbert Stava KG, Landgärtner Deutschland & Schweiz / Liga für Hirtenvölker und nachhaltige Viehwirtschaft / Markthalle IX / MiLaN - Mit Lust an Natur e.V. / Natrura AG / ödp- Die Öko-Demokraten / Ökologischer Ärztebund e.V. / Partei Mensch Umwelt Tierschutz / Saatgutkampagne / Sarah Wiener-Stiftung / Solidarische Landwirtschaft / Stadtgut Blankenfelde e.V. / TAGWERK-Verbraucher- und Erzeugergemeinschaft eG und TAGWERK Förderverein e.V. / Thönes Natur / Tier & Mensch e.V. / Umweltinstitut München e.V. / VEBU - Vegetarierbund Deutschland e.V. / Vegane Gesellschaft Deutschland e.V. / Verbund Ökohöfe Nordost e.V. / Vier Pfoten Stiftung für Tierschutz / Welltaden Dachverband e.V. / WLOE - Women and Life on Earth e.V. / Zivilcourage / WSPA - Welttierschutzgesellschaft e.V.

Wollen auch Sie mit ihrer BI, Verband, Organisation, Ortsverein, etc. Unterstützer der Demo werden? Bitte senden Sie dafür eine E-Mail an info@wir-haben-es-satt.de
Ab einem Unterstützerbeitrag von 50 Euro werden Sie auf unserer Homepage mit Ihrem Logo zu Ihrem Webauftritt verlinkt.
Bitte senden Sie dafür eine E-Mail an info@wir-haben-es-satt.de.

TRÄGERINNEN:



FÖRDERERINNEN



MEDIENPARTNER



INITIATOR



IMPRESSUM:

Herausgeber:
Wir haben es satt! - Demo-Büro
c/o Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Redaktion: Marcus Nürnberger
Grafik: ■■■ sichtigtagitation, E. Tuckow
Druck: Henke Pressdruck GmbH

V.I.S.D.P.:

Jochen Fritz, Am Dorfanger 38,
14547 Beelitz-Busendorf

Kontakt:

Wir haben es satt! - Demo-Büro
Telefon: 030 2848243-7/-8
E-Mail: info@wir-haben-es-satt.de
www.wir-haben-es-satt.de

Anreise:

Unter: www.wir-haben-es-satt.de/start/anreise
finden Sie Mitfahrgelegenheiten zur Demo aus ganz Deutschland

Flyer, Plakate und Aufkleber:

Zu bestellen unter
www.wir-haben-es-satt.de oder
direkt in unseren Materiallagern
in Berlin abzuholen (siehe Website).